

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Subscription pro Quartal

50 Pf.

Postamt Nr. 50

Amtsblatt der

Stadtkommune Braubach

Verlag: Braubach Nr. 18

Redaktionsbüro

10 Uhr

Postamt Nr. 7629

Stadt Braubach

Verlag: Braubach Nr. 18

Verlag: Braubach

Verlag: Braubach

Bezugspreis

monatlich 30 Pf.

jährlich 3,60 Mark

Postamt Nr. 50



274

Braubach a. Rhein, Samstag, den 23. November 1918

28. Jahrgang

Die Heimkehr.

800 000 Mann sollen Köln passieren.

Köln, 19. November.

Zwei große Armeen, die 6. und 17., sollen in den nächsten Tagen zwischen Deut und Bonn den Rhein passieren. Zu jeder 400 000 Mann umfassenden Armee gehören 140 000 bis 150 000 Pferde mit unzähligen Wagen und Geschützen. Diese ungeheure Menge von Menschen, Tieren und Wagen muß in einer Frist von wenigen Tagen, um der Internierung und Verpflegung zu entgehen, über den Rhein und die neutrale Zone hinweg in das Innere des Reiches gelangen.

Festlicher Empfang in Karlsruhe.

Die Sorge, die vielen Hunderttausende heimkehrender Soldaten zu befeuern, unterzubringen und zu verpflegen, bemächtigt sich immer mehr der gesamten Bevölkerung im Deutschen Reich. Doch diese Sorge kann die lebhafteste Freude über die endliche Heimkehr unserer tapferen Truppen, die Sieg um Sieg errungen und den traurigen Ausgang des gewaltigen Krieges für das deutsche Vaterland wahrlich nicht verschuldet haben, nicht unterdrücken. Überall rüstet man sich, den Heimkehrenden einen festlichen Empfang zu bereiten. Der Zug der Krieger durch das pfälzische und badische Land hat, wie aus Karlsruhe berichtet wird, seit Sonnabend an Umfang immer mehr zugenommen. Die Bevölkerung der Landorte, die zum Teil in große Heereslager verwandelt sind, befindet sich in freudiger Erregung. Karlsruhe prangt seit Sonntag im bunten Flaggenschmuck. Schon am frühen Morgen bewegten sich Scharen von Feldgrauen auf grüneschmückten Lastwagen und blumenbekränzten Autos durch die fahnenbesetzten Straßen, mit Hochrufen und Lärmschwenken begrüßt. Nach übereinstimmend einlaufenden Berichten wird sich der Rückmarsch bei rauhem, aber trockenem Wetter in flotter Weise ohne Störung abspielen. Die Truppenszüge durchqueren ohne Aufenthalt das als neutrale Zone bestimmte Gebiet und streben weiter ostwärts nach den ihnen angewiesenen Sammelplätzen im östlichen Baden und Württemberg.

In Frankfurt.

Die Messehalle des Frankfurter Bahnhofes ist angefüllt mit vielen Hunderten von Soldaten, die in Truppen der Heimat aufbrechen. Der Bahnhof passieren wohlgeordnete Transportszüge mit Soldaten, Pferden und Wagen, beladen wie beim Kriegsausbruch in den denkwürdigen Tagen des August 1914. In wahrhaft traurigem Zustande befindet sich das rollende Material. Die Fenster scheiben der Züge sind größtenteils zertrümmert oder zerkratzt. Von Heizung ist keine Rede — eilige Luft strömt durch die Wagen. Ebenso traurig steht es mit dem Zustand der Gepäckstücke, dem Verschleiß der Türen. Es sind die mit Ästen und Säcken beladenen Soldaten in guten Rutes. Was sind alle diese Beschwerden gegen den Rat der Schützengräben und Unterstände, gegen die furchtbaren Schrecken der Sturmangriffe!

Frankfurt Straßenbild ist lebhaft bewegt; es herrscht eine freundliche, unverfälschte Stimmung. Der Alpdruck — die ständige Furcht vor den Abgerangenen ist gewichen, und unerbittlich erstrahlt das elektrische Licht wieder über Frankfurt vornehmten Straßen und Plätzen.

Doch eine gewaltige, sehr schwierige Aufgabe soll

Frankfurt noch in den zwei nächsten Wochen bewältigen. 800 000 Mann sollen hier einquartiert und verpflegt werden. Zur Unterbringung dieser Riesensumme von Soldaten wurde der größte Teil der Schulen hergerichtet. Der Unterricht der Jugend tritt für einige Wochen wieder in den Hintergrund; denn es gilt den großen Gefahren zu begegnen, die ein brot- und obdachloses Heer bei seiner Heimkehr über die deutschen Gauen heraufbeschwören könnte.

Fehrenbach gegen Ebert.

Protest gegen die Abschaffung des Reichstages.

Berlin, 19. November.

Reichspräsident Fehrenbach hat der Reichsleitung nach Beseitigung mit Vortrefflichkeit und dem Mitgliede der Reichsregierung Ebert folgende Erklärung zugehen lassen:

„Zwingende Rücksichten auf die gegenwärtige Lage veranlassen mich, zurzeit von der Einberufung des Reichstages abzusehen. Ich behalte mir dieses jedoch ausdrücklich vor. Es können Verhältnisse eintreten, die sowohl der jetzigen als auch einer künftigen Reichsleitung den Zusammentritt des Reichstages als erwünscht, vielleicht sogar als notwendig erscheinen lassen.“

Zur Vorgeschichte dieses Protestes erklärt Fehrenbach: „In der am Sonntag den 10. November 1918 zur Entgegennahme der Waffenstillstandsbedingungen im Reichstagsparlament stattgefundenen Sitzung, an welcher außer sämtlichen Mitgliedern der damaligen Regierung auch Herr Reichspräsident Ebert und ich teilnahmen, habe ich die Frage aufgeworfen, ob etwa, wie verlautet, die Auflösung des Reichstages geplant sei, und ob verneinendenfalls die für den nächsten Mittwoch angesetzte Sitzung stattfinden könne. Darauf erklärte der damalige Reichstagspräsident Herr Ebert, daß über eine etwaige Auflösung des Reichstages noch kein Beschluß gefaßt sei, daß aber jedenfalls die angesetzte Sitzung nicht abgehalten werden könne. Dagegen konnte ich nach Sachlage eine Einwendung nicht machen. Am 14. November habe ich sofort telegraphisch angefragt, ob gegen eine auf die nächste Woche vorgesehene Einberufung des Reichstages Einspruch erhoben eventuell dagegen Maßnahmen getroffen werden sollen. Ich erhielt die telegraphische Antwort, daß nach Befehl des Reichspräsidenten und des Bundesrats als geschehene Körper schaft auch der Reichstag nicht mehr zusammentreten könne. Diese Anschauung vermag ich weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Begründung als zureichend anzuerkennen.“

Das Zentrum, die Partei Fehrenbachs, protestiert auf gegen die Abschaffung des preussischen Herren- und Abgeordnetenhauses.

Die Gefahr im Osten.

Breslau, 19. November.

Die Verbrechen der Polen auf Auflösung der Provinz Posen vom Deutschen Reich treten immer offenkundiger in die Erscheinung. Da sie auf dem Verhandlungsweg keine große Aussicht haben, so versuchen die Polen es jetzt einfach mit Gewalt. Das die Stadt

Posen in Händen der Polen

ist, daran kann nicht mehr gezweifelt werden; ebenso geht es mit einer ganzen Reihe der kleineren Provinzstädte, darunter Opatowitz, Schöffen, Neuhadt, Wronowitz, Murow, Gostynin. Das Verfahren der Polen ist sehr einfach: Es werden KZP gewählt und diese, die am ehesten

Polen zusammengefaßt sind, setzen dann die Beamten ab. Die Radiostation des Posener Fernwerkes befindet sich in den Händen polnischer Truppen. Diese erhalten doppelte Löhnung. Die wenigen deutschen Truppen, die hier nach der Umwälzung noch verblieben waren, verlassen nun auch die Stadt Posen. So hat eine Bionierabteilung von 100 Mann, die hier den Wächtdienst mitübernommen hatte, die Stadt verlassen, nachdem ein Mann auf Patrouille von einem Einbrecher erschossen worden war.

Das schizophrene Deutschland

weiß nicht mehr ein und aus. Die Verfügung des neuen preussischen Ministers des Innern, nach der sämtliche Beamte auf ihren Posten bleiben sollen, wird von den Polen überhaupt nicht beachtet. In Jaroschin begann nach Abzug des deutschen Militärs ein Rauben und Plündern in den Kasernen, die Kammern wurden ausgeraubt, Gewehre und Munition gestohlen und geraubt. Käufer sind meistens die Polen, die Waffen bei der Hand haben wollten, wenn alles drunter und drüber geht.

Deutschenverfolgung in Warschau.

Aus der Republik Polen und ihrer Hauptstadt Warschau kommen auch fortgesetzt beunruhigende Nachrichten, die sich allerdings bis auf ihre Einzelheiten hin nicht kontrollieren lassen. Wiederholt sind deutsche Beamte und Soldaten einfach niedergeschlagen worden. Die ganze deutsche Besatzung in Warschau, wie verlautet 17 000 Mann, ist von den polnischen Legionären entwaffnet worden, wobei den Polen natürlich zahlreiche Beute in die Hände fiel. So werden genannt 1900 Pferde, 1500 Lokomotiven, über 100 000 Waggons, Proviant, Waffen, Uniformen, Munition usw. für Hunderte von Millionen Mark. Ramentlich der Verlust des rollenden Eisenbahnmateriale dürfte sich für die Ernährung Deutschlands sehr unangenehm fühlbar machen.

Auch die Krante regiert wieder

in Polen und Mischhandlungen von Frauen und Mädchen scheinen ein beliebter Sport zu sein. So berichtet ein Augenzeuge: „Eine Szene, die ihresgleichen wohl noch nie gehabt hat, spielte sich am 13. November auf dem Kaiserhof Bahnhof in Lodz ab. Der Bahnhof ist wie alles andere von bewaffneten polnischen Zivilisten besetzt. Zwei Mädchen wollen den ausfahrenden Zug erreichen. Ein brutaler Räuberhauptmann in der Uniform eines Lodzer Straßenbahnbeamten schlägt auf diese Mädchen mit einer vielfach gestochenen Krante ein, schlägt die eine von ihnen zu Boden und setzt ihr den Revolver auf die Brust. Es gelingt den beiden schließlich, unter Zurücklassung des Gepäcks, ihrer letzten Habe, zu flüchten.“ Jeder Deutsche, der aus Polen abfährt, darf nur höchstens 1000 Mark bei sich haben. Alles andere wird ihm abgenommen. Ebenso beraubt man ihn grundsätzlich seines Gepäcks.

Heimann Skoropadski gestürzt.

Die Abwendung der Ukraine von Deutschland?

Vor einigen Tagen erst wurde aus Kiew gemeldet, die deutschen Truppen würden so lange in der Ukraine bleiben, bis die Regierung des Hetmans ein eigenes Heer zur Aufrechterhaltung der jetzt bestehenden Ordnung gebildet hätte. Der schnelle Fall der Ereignisse in allen vom Krieg betroffenen Ländern scheint nun auch in dem von Groß-Rußland abgesprengten kleinrussischen Volksstaat wieder eine Änderung herbeigeführt zu haben.

Sie werden für alle Fälle einen Panzerwagen bei sich haben, darin werden einige Gegenstände sein, die die Barones für notwendig hält, einzupacken. Aber Sie werden vor allem dafür Sorge tragen, daß eine ordnungsgemäße Fliegerausrüstung dabei ist, Rappe, Fernglas, weitere Stoffe und so weiter... und ferner eine Schwimmweste!

Atterley sah den Hauptmann Harr an.

„Ja, Sie wollen doch nicht etwa mit der Barones entfliehen?“

Der Offizier senkte das Haupt.

„Ganz einwandfrei ausgedrückt: das Freifraulein kletterte den Bunt, nach Deutschland zu fliegen. Ich lasse diesen Bunt, wenn Sie den Mut dazu finden, in Erfüllung gehen.“

„Sie sind... ein ganz unglaublicher Mensch sind Sie! Haben Sie denn Furcht in den Adern?“

„Nein, nur Nerven wie Schiffe“, entgegnete der andere lachend. „Aber geben Sie bitte noch ein Augenblickchen acht! Sie werden dort!“ — er dämpfte seine Stimme zum Flüstern und deutete wieder auf die Karte — „den Bahnhof verlassen und — Sie kennen wohl die Gegend?“

„Ganz zuverlässig!“ bekräftigte der Hilfsingenieur.

„Nun, dann werden Sie die Landstraße nach Süden leicht finden. Im Notfall suchen Sie nach einem Weg weiter hierher!“

Sein Finger wies auf Ramsante.

Fortsetzung folgt.

Der Traum in Fremdesland.

Monten von Julius Schöndel.

Nachdruck verboten

„Das großartige Paradoxon, daß ich, der mir selbst Epion, mich als den vermeintlichen Epion fühlte, gehört wohl auch in dieses Kapitel? ... Aber im Ernst, wie wollen Sie aus diesem Hause entkommen?“

„Das lassen Sie bitte meine Sorge sein! Es wird ein Ereignis eintreten, das mich in glücklicher Weise unterstützt. Abgesehen werden Sie selbst es noch früh genug erfahren.“

Aber Atterley glitt es wie eine Erlösung.

„Sie werden womöglich gar mit einem Flugzeug entfliehen?“

„Erraten!“ lachte der Hauptmann. „Aber bitte, etwas leiser! Die Wände haben manchmal so feine Ohren, und Sie kennen ja unsere Paradiesesengel. Wollen Sie die Liebesschwärmer haben, diesen Brief an die Dame noch heute zu beforschen?“

Atterley bejahte flüchtig die Aufforderung. Sie lautete an Marianne von Roggenhausen.

Er steckte den Brief zu sich.

„Sie verstehen, es ist keine andere Möglichkeit, mit der Augenwelt zu verkehren. Der Fernsprecher ist mir zu unsicher. Sagen Sie ihr, bitte, ausdrücklich, sie möge keinen Versuch machen, mich durch den Fernsprecher zu erreichen. Im übrigen bitte ich Sie, im Hause des Viscount mit keinem Wort zu erwähnen, daß ich das

Paradoxon nachschärfte bin.“

„Aber wenn Sie mir das — Sie unterfragen meine geistigen Fähigkeiten.“

Und nun das Wichtigste! Den Brief übergeben Sie der Barones wenn möglich in Abwesenheit des Viscount! Schlimmsterfall natürlich in seiner Gegenwart, unter keinen Umständen aber später als heute! Sie wird ihn lesen und Ihnen darauf einen kurzen Bescheid erteilen, entweder „ich bedauere“ oder „es ist gut!“ Diesen Bescheid geben Sie sofort durch den Fernsprecher an Atterley Smith weiter, einfach mit den Worten, sie solle mir sagen, „bedauere“ oder „es ist gut“, damit ich unterrichtet bin. — Im letzteren Falle, also wenn das Freifraulein Ihnen „es ist gut“ antwortet, wird sie mit Ihnen verabschieden, wie und wo Sie sich zu erreichen finden. Sie werden dann mir die letzte Gefälligkeit auf englischem Boden zu erweisen Gelegenheit haben. Darf ich Sie darum bitten?“

„Ja, tue alles, was Sie von mir verlangen, und bin froh, wenn ich etwas für Sie tun kann.“

„Also, dann sehen Sie bitte einmal diese Karte an!“

Er schlug eine Generalstabskarte der Südküste von England auf und deutete auf Margate.

Dort fährt abends ein Zug, der um ein Uhr fünf Minuten eintrifft. Wenn die Barones Ihre Hilfe in Anspruch nimmt, werden Sie sie zu diesem Zuge bringen, und zwar werden Sie dann nicht vom Nordufer der Themse abfahren — aus Gründen, die Sie sich dann selbst erklären können. — Sie werden die Dame mit einem Wagen oder, falls Sie keinen ruhigen, mit der Untergrundbahn oder auch anderen Verkehrsmittel zum Bahnhof von Brighton bringen, dort zwei Taxikarren zweiter Klasse bis hierher Mar. v. Canterbury umsteigen und, wie gesagt, um ein Uhr fünf Minuten hier eintreffen.

Mit großer Zustimmung wird in Berlin die Nachricht verbreitet, daß der Hetman der Ukraine, Skoropadski, gestürzt sei. Über seinen Nachfolger oder die ihn ersetzende Regierung ist noch nichts bekannt, doch nimmt man an, daß der Wechsel jedenfalls eine Abwendung der Ukraine von Deutschland und einen näheren Anschluß an die Entente bedeuten würde.

Starke bolschewistische Kräfte, die von Moskau und Petersburg ausstrahlen, waren schon vor dem durch die Deutschen geschützten Amtsantritt des Hetmans am Werke, um auch dieses Land in den Strudel des großrussischen Chaos zu ziehen. Andererseits waren Hinneigungen der verschiedenen einflussreichen Kosakenstämme zur Anbiederung an die Weltmächte nicht zu verkennen und die kürzlich gemeldete Befestigung des Hafens von Odessa durch englische Flotteneinheiten dürfte in dieser Beziehung nicht ohne Wirkung geblieben sein. Die Idee, die Ukraine zum Aufmarschgebiet gegen die Kräfte des Bolschewismus zu machen, ist mehrfach erwogen worden, ja, im Hintergrunde tauchte die Wiedervereinigung des in seine Bestandteile zerfallenden Russlands der Vorkriegszeit mit Kiew als Hauptstadt auf, ein Russland, das vom Bolschewismus gereinigt ist.

Lemberg und Borschtow von den Ukrainern genommen.

Im übrigen geht auch der Kampf zwischen polnischen und ukrainischen Ansprüchen weiter. In Kolomea, das von Ukrainern besetzt ist, wurde anscheinend von polnischen Freischärlern das Steueramt geplündert und 600 000 Kronen geraubt. In und um Lemberg halten sich Ukrainer und Polen andauernd. Der galizisch-ukrainische Bevollmächtigte Bassilko teilte der „Neuen Freien Presse“ in Wien mit, daß Lemberg seit Sonntag und Borschtow seit Freitag im unbestrittenen Besitz der Ukrainer sind. Die polnischen Truppen in den beiden Städten wurden nach großen Verlusten gefangen genommen.

Deutschlands Gesamtverluste.

Nach: als 14 Millionen Tote

Berlin, 19. November.

Auf Grund zuverlässiger Unterlagen wird hier mitgeteilt: Die Gesamtverluste Deutschlands betragen 1 580 000 Tote. Als vermisst werden 200 000 angemeldet, davon ebenfalls ein großer Teil nicht mehr unter den Lebenden zu weilen wird. Die Zahl der in Feindesband befindlichen deutschen Gefangenen beträgt 400 000. Verwundet worden sind 4 Millionen Soldaten, wobei aber eine wiederholte Zählung in den Fällen vorgekommen ist, wo ein Soldat mehrmals verwundet wurde.

Anderer Zahlen gab ein Mitglied des NSD in Danzig. Danach seien über 2 Millionen Mann gefallen oder ihren Verwundungen erlegen, darunter 60 000 Offiziere. Für mindestens 5 Millionen Soldaten müßte der Staat Kriegsschuldigenrenten zahlen. Auch unter der Zivilbevölkerung habe der Krieg furchtbare Opfer gefordert. Es sei nicht zu hoch gegriffen, wenn man behauptet, daß etwa 600 000 Personen an Hunger oder Unterernährung gestorben sind.

Kommt die Nationalversammlung?

Noch keine Entscheidung.

Die kaum durch die Presse gegangene Nachricht, daß die Wählerlisten für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am 2. Januar 1919 aufgelegt werden und die Wahlen selbst am 2. Februar 1919 stattfinden würden, wird bereits wieder amtlich durch BZV als unrichtig bezeichnet. Das amtliche Bureau meldet:

Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Dem Rat der Volksbeauftragten ist bis jetzt ein Entwurf zur Wahlordnung für die Konstituante noch nicht zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Daß die Vorbereitungen für die Konstituante sobald wie möglich in die Wege geleitet werden sollen, hat die Reichsregierung wiederholt erklärt.

In den Blättern der unabhängigen Sozialdemokraten wie der ganz links stehenden, bolschewistische und kommunistische Tendenzen predigenden Spartakusgruppe, der Freiheit und der Roten Fahne, zeigt sich schlecht verhehlte Abneigung oder offene leidenschaftliche Bekämpfung des Planes zu einer Nationalversammlung. Demgegenüber erklärt der Vorstand der Sozialdemokratischen Deutschlands, also der sogenannten alten oder Mehrheitssozialdemokratie, bereits einen

Aufruf zum Wahlkampf.

In diesem heißt es u. a.: „Rechts sammeln sich die alten bürgerlichen Parteien, um die Geschichte Deutschlands möglichst in ihrem Sinne zu beeinflussen. Links von uns stehen Gruppen, welche die Entwicklung in Bahnen drängen wollen, die unseren demokratischen Grundfragen widersprechen. Schwere Kämpfe stehen uns daher bevor. Im kommenden Frühjahr sind Vertretungsförperschaften für Reich, Staat und Gemeinden zu wählen. Eine äußerst rege Agitations- und Werbearbeit muß einsetzen. Zu dieser fordern wir unsere Anhänger hierdurch auf.“

Ein der unabhängigen Sozialdemokratie angehörendes Mitglied der Regierung erklärte einem Mitarbeiter des „Tag“, die Regie. um habe endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt. Er halte es für ausgeschlossen, daß die Wahlen bereits am 2. Februar stattfinden könnten — von anderen Gründen abgesehen, schon aus rein technischen Ursachen. Die Auflösung des Heeres, die Stilllegung der ungeheuren Kriegsindustrie würden noch längere Zeit andauernde Binnenwanderungen hervorrufen, und man könne nicht Wählerlisten anlegen, solange ein so großer Teil des Volkes noch nicht wieder feste Wohnsitze eingenommen habe. Dazu komme weiter, daß man ja den künftigen Umfang des Reichsgebietes noch gar nicht kenne, weder die möglichen Verkleinerungen des alten Reichsgebietes, noch den Umfang des sich dem Reich angegliedernden Deutsch-Ostereich. Aus allen diesen Gründen glaubt der Volksbeauftragte, daß der Zusammentritt der Nationalversammlung jedenfalls nicht so frühzeitig erfolgen werde, als man vielfach annehme.

Die wichtigste Frage unserer innerpolitischen Entwicklung, die für die Zukunft hin von grundlegender Bedeutung ist, scheint also noch sehr in der Schwebe zu sein und vorläufig bleiben zu sollen. Es kommen im ganzen ca. 40 Millionen Wähler in Betracht.

Berlin, 19. November.

Die Berliner Arbeiterräte versammelten sich im Sirkus Busch, um über die gegenwärtige Lage, über die bisherigen Leistungen der Regierung und die zukünftigen Zuständigkeitsverhältnisse zu verhandeln. Es kam zu gründlichen, teilweise stürmischen Auseinandersetzungen.

Keine Besetzung von Helgoland.

Unruhe in Belgien.

Wie amtlich verkündet wird, ist mit einer Besetzung Helgolands durch die Feinde nicht mehr zu rechnen, da der Entente das etwaige Rechtsmittel dazu genommen worden ist. Die Waffenstillstandsbedingungen hatten die Besetzung von Helgoland für den Fall angedroht, daß die ausfahrenden deutschen Schiffe nicht bis zum 18. November vormittags in Bewegung sein sollten. Tatsächlich sind diese Schiffe in Bewegung.

Im übrigen besteht zwischen den eigentlichen Waffenstillstandsbedingungen und den Zusatzbedingungen ein bemerkenswerter Widerspruch. Nach den Abmachungen sollten die Schiffe „interniert“ werden und zwar in abgerüstetem Zustande.

In den Zusatzbestimmungen heißt der Ausdruck „abgerüstet“ und es wurde gefordert, daß die Übergabe in voller Ausrüstung erfolgen sollte. Für uns gelten selbstverständlich nur die Waffenstillstandsbedingungen und wir haben die Schiffe in abgerüstetem Zustand in Kurs gesetzt.

Kämpfe zwischen deutschen Truppen.

Über die Vorgänge in Belgien wird noch gemeldet, daß die Etappen-Truppen sich aufeinander in völliger Auflösung aus Belgien zurückgezogen haben. Die rebellierenden Truppen haben zum Teil ihre Gewehre für 50 Pfennige, Handgranaten für 80 Pfennige verkauft. Automobile waren für 100 Mark zu haben. Die Kämpfe, die stattgefunden haben, haben sich keineswegs nur zwischen den deutschen Truppen und der belgischen Bevölkerung, sondern zum Teil auch zwischen den deutschen Soldaten unter sich abgespielt. Inzwischen ist in Brüssel belgische Kavallerie eingetroffen.

Verschiedene Meldungen.

Berlin, 19. Nov. Der Oberkommandierende der deutschen Streitkräfte im Kaukasus bittet wegen Mangels an anderen Verbindungen die deutsche Presse zu veröffentlichen, daß im Kaukasus alles ruhig ist und die dort stehenden deutschen Truppen sich wohl befinden.

Berlin, 19. Nov. In den westlichen Provinzen herrscht noch immer die Befürchtung, daß die wehrfähige Bevölkerung in den von der Entente zu besetzenden Gebieten interniert werden würde. Die Befürchtungen sind, wie von ausländischer Seite betont wird, unbegründet.

Amsterdam, 19. Nov. Nach Meldungen aus Brüssel steht der Nord- und Süd-Schwerbefe-Vahnhof in Brüssel infolge einer Munitionsexplosion in Brand.

Amsterdam, 19. Nov. Nach Meldungen aus London haben die Franzosen gestern ihren feierlichen Einzug in Saarbrücken gehalten.

Osaka, 19. Nov. Ein Teil der Nachburen der aus Brügge und Antwerpen sich zurückziehenden deutschen Truppen ist auf Schiffen und Schleppbooten über die Schelde nach Holland gekommen. — Der Volkerverkehr vom Reich nach den von den feindlichen Streitkräften zu besetzenden Gebieten bleibt unverändert aufrechterhalten, wird aber vermutlich unter der Kontrolle des Feindes vor sich gehen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Über das Schicksal Elbisch-Bohringens ist immer noch nichts bekannt worden. Die neue deutsche Regierung vertritt mit allem Nachdruck die Ansicht, daß die Reichsländer selbst über ihre Zukunft entscheiden sollen. Aus diesem Gesichtswinkel heraus haben Ebert und Saale folgendes Telegramm an den Straßburger Soldatenrat im Namen der Regierung gerichtet: „Die Besetzung Elbisch-Bohringens durch den Verband präjudiziert nicht die Lösung der elbisch-bohringischen Frage nach den völkerechtlichen Grundätzen der Selbstbestimmung der Völker.“

+ Das Blatt der unabhängigen Sozialdemokratie, die Freiheit, schreibt, die sozialistische Regierung sei entschlossen, die Sozialisierung wichtiger Produktionszweige, in denen die Vorbedingungen für die Vergesellschaftung gegeben sind, sofort in Angriff zu nehmen. Es werde unverzüglich eine Kommission von Sachverständigen berufen werden, die unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Reichsämter die nötigen Maßnahmen beraten und zur Durchführung vorschlagen wird.

+ In Schleswig-Holstein sind Gerüchte über Verhandlungen mit Dänemark über die Abtretung eines Teiles von Nordschleswig in Umlauf. Angeblich sollte ein Gebiet, das sich bis zur Linie Løndem nördlich Schleswig erstreckt, bereits abgetreten sein. Ob solche Verhandlungen überhaupt stattgefunden haben, ist nicht festgestellt. Von einer Abschlus irgendwelcher Verhandlungen oder Abtretungsabsichten kann aber bestimmt nicht die Rede sein.

+ Wie die Germania hört, gedenkt die jetzige Leitung des preussischen Kultusministeriums (für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung) die Trennung von Kirche und Staat dadurch zu beginnen, daß sie vom 1. April 1919 die Zahlung der Kultusgebühren einstellt. Auch soll das Verbot der Abwehr von Staats wegen eingesogen werden. Die Kölnische Volkszeitung bemerkt dazu, ein solcher Schlag gegen Katholiken und Protestanten würde im ganzen Land neben maßloser Verblüffung stärksten Widerspruch hervorrufen.

+ Von einem Durchmarsch polnischer Truppen durch Deutschland meldet der polnische Militärattaché in Wien. Dort ist nämlich die zuverlässige Nachricht eingegangen, daß die 106. österreichische Landsturmbatterie, bestehend aus den Landsturmregimentern 31, 32, 16, ferner einigen polnischen Batterien, am 5. November von der Front zurückgezogen und der Nationalität nach in Gruppen eingeteilt worden sei. Die stärkste sei die polnische Gruppe, welche sich im Marsche durch Elbisch nach Saarbrücken und Frankfurt befindet. Dieser Mannschaft wurde die Verpflegung nur bis zum 15. vorausgegeben. Nunmehr ist sie ihrem Schicksal überlassen, da der fremdsprachigen Truppe deutscherseits keine Eisenbahnförderung zugesandt worden ist, die Zivilbevölkerung aber die Einkuierung verweigert. Ohne Nahrungsmittel, Wäsche usw., von Krankheiten heimgesucht, marschieren die Polen ohne Rast, um irgendwo Obdach und Schutz zu finden.

+ Zur Frage der Zahlungsmittelnot hat im bayerischen Finanzministerium eine Befragung mit Vertretern aller Münchener Banken stattgefunden. Das Ergebnis war negativ, weil sämtliche Bankvertreter sich entschieden gegen Zwangsmaßnahmen aussprachen. Im übrigen ist beschlossen worden, das Notgeld des Volksstaats Bayern vorläufig in Höhe von 60 Millionen Mark ausgeben zu lassen.

Spanien.

+ In Madrid und anderen Städten ist es zu Kundgebungen für die Republik gekommen. Überhaupt hat

sch die Lage in ganz Spanien erheblich angelehrt. Die katalanischen Parlamentsmitglieder sind nach Barcelona abgefahren und hielten dort eine Kundendemonstration zu Gunsten eines selbständigen Katalonien ab. Die verschiedenen Fraktionen der republikanischen Partei bilden eine gemeinsame Front. Die Parteien der anderen Regionen kündigten ebenfalls einen Boykott der Wahlen an.

Aus Jn- und Ausland.

Berlin, 19. Nov. Die amtliche Bezeichnung des bisherigen Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten lautet fortan: „Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“.

Berlin, 19. Nov. Die preussische Regierung hat eine Verfügung erlassen, wonach diejenigen Gemeindevorstände, deren Mandate abgelaufen sind, vorläufig weiter amtieren. Eine Änderung des Wahlgesetzes für die Gemeindevorstände ist in Vorbereitung.

Berlin, 19. Nov. Im hiesigen kaiserlichen Schloss wurden außerordentliche große Lebensmittelporräte zum Gebrauch der kaiserlichen Familie gefunden.

Berlin, 19. Nov. Die Ernennung des Grafen von Helldorf zum Gesandten in Warschau ist erfolgt. Dieser bereits nach dort hin abgefahren.

Warschau, 19. Nov. Der Regionsführer Visskowsky wurde mit unbeschränkter diktatorischer Gewalt ausgestattet.

Wien, 19. Nov. Nach einer Meldung aus Warschau richtete Visskowsky an Marschall Joch einen Rundschreiben, in dem er als Oberkommandant der polnischen Armee eruchi. Die polnischen Truppen, die einen Bestandteil der französischen Armee bilden, sofort nach Polen zurückzuführen.

Genf, 19. Nov. In der Friedenskonferenz wurde wie aus Paris gemeldet wird, sich auch Vertreter der polnischen Regierung beteiligen.

Genf, 19. Nov. Die Räumung der Rheingebiete wird sich in drei Abschnitten vollziehen, für die verschiedene Zeitpunkte festgelegt sind. Bis zum 8. Dezember müssen die Freimachung des gesamten linken Rheingebietes folgen.

Madrid, 19. Nov. Nach Meldungen aus Portugal dort ein Generalstreik ausgebrochen.

Osaka, 19. Nov. Die Lebensmittelporräte für die nächsten sechs Monate gesichert.

Arbeitgeber und Gewerkschaften.

Ordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Am 18. November haben die großen Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften für die Übergangszeit Vereinbarungen getroffen, deren wichtigster Punkt die Einführung des Achtstundentages ist. Die Regelung veröffentlicht nun diesen Vertrag und richtet die Leiter der Reichsbetriebe, sowie an die der kommunalen und Landesbetriebe das Ersuchen, für die Beachtung der Bestimmungen in ihren Betrieben Sorge zu tragen. Danach ist das für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich bedeutungsvolle Abkommen Gesetz geworden.

Besonders wertvoll sind namentlich folgende Vorschriften: Jede Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig. Sämtliche aus dem Dienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, sofort nach Meldung in die Arbeitsstelle wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die betriebsfremden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände haben durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen dahin zu wirken, daß diese Verpflichtung in vollem Umfange erfüllt werden kann.

Die Arbeitsbedingungen sind je nach den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen (Tarifverträge) zwischen den Arbeitgeberverbänden und Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen, zu was schleunigt. Für jeden Betrieb mit mindestens 50 Arbeitern ist ein Arbeiterrat einzusetzen, der in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden. Dieser Rat also bisher der Abschluß von Kollektivverträgen von freier Entscheidung der einen Berufsstelle angehörenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände abhing, müßte die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch derartige Verträge geordnet werden. Ein auf paritätischer Grundlage errichteter Zentralausschuß hat die weitere Durchführung der Demobilisierung, Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, sowie die zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterkraft, insbesondere der Schwerkrriegsbeschäftigten erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Dieser Zentralausschuß hat aber auch grundsätzliche Fragen zu entscheiden, soweit sich solche bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben.

Ein sehr wesentlicher Punkt der Vereinbarung, die sich auch die mächtigsten Arbeitgeberverbände unter Zwange der Verhältnisse unterwerfen mußten, bildet die Bestimmung, daß ausschließlich die Gewerkschaften die Vertretung der Arbeiterkraft sind. Die genannten wirtschaftlichen oder gelben Verbände werden „vollkommen sich selbst überlassen“, also kaltgestellt.

Viele Jahre hindurch haben sich die großen Arbeitgeberverbände, an ihrer Spitze der Deutsche Arbeitgeber- und Stahlindustrieller, auf das Verschiedenste gegen die Einführung des Achtstundentages wehrt; und nun haben die Hilger und Kirdorfer, Stinnes und Hugenberg schließlich doch ihren Kampf unter den Vertrag setzen müssen. Wohlgeachtet: Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, und Verdienstminderungen dürfen aus dieser Verkürzung nicht stattfinden.

Es ist nun kaum zu bezweifeln, daß an ein Ende der hohen Kriegslöhne unter dem Einfluß dieser Bestimmungen zunächst nicht zu denken ist, eher noch an ein gemeinsames Steigen der Löhne. Und nun entsteht die Frage, ob wir bei so hohen Löhnen nach Friedensverhältnissen billig genug zu produzieren vermögen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, zumal doch auch ein billige Beschaffung von Rohprodukten zurzeit nicht zu denken ist. Darum dürfte das Ausland bei der Regelung unserer Lohnverhältnisse ohne Zweifel sehr bald seinen Einfluß geltend machen.

Compoient.

Druck- und Korrespondenz-Meldungen.

Die Heimkehr der deutschen Balkantruppen.

Hammerstein (Kreis Schlochau), 19. Nov. Der Transportzug mit 25 Offizieren und 465 deutschen Balkantruppen ist aus der Türkei hier zur Weiterleitung nach Deutschland eingetroffen. Es befinden sich auch 200 deutsche Material- und Munitionsarbeiter darunter. Der Zug fährt weiter nach Ostpreußen — Golob — Breslau — Posen — unterwegs.

Widerung der Blockade nach dem Vorfrieden. Basel, 19. Nov. Nach der „Times“ erklärte Generalsekretär Sanjina im Kongrat eine Willkür von der Blockade.

gegen Deutschland werde erfolgen, wenn die Unterzeichnung des Vortrabens erfolgt sei.

Entwaffnung reglos zurückkehrender Soldaten.
Düsseldorf, 19. Nov. Im Bezirk des 7. Armeekorps ver-
fügte der A. S. M. das sämtliche Rheinbrücken und Rheinfähren
mit Truppen besetzt werden sollen, um die nicht in ihren Ver-
bänden gebliebenen Soldaten in Empfang zu nehmen und zu
entwaffnen.

London Presse für Lebensmittelzufuhr nach Deutschland.
Gang, 19. Nov. Die morgigen Londoner Blätter
fordern die teilweise Aufhebung der Blockade gegen Deutsch-
land und die Einführung von Lebensmitteln, um die drohende
Anarchie zu verhindern.

Wilson's Reise nach Europa.
Washington, 19. Nov. Aus dem Staatsdepartement
wird mitgeteilt, daß Präsident Wilson sofort nach Eröffnung
des Kongresses nach Frankreich zu reisen beabsichtigt, um an
den Beratungen über die hauptsächlichsten Punkte des
Friedensvertrages teilzunehmen. Der ganze Kongress wird
er nicht beizubringen. Begleitet wird er von den amerikanischen
Friedensdelegierten.

Dauernde Entente-Kontrolle über Dardanellen und Bosporus.
Gang, 19. Nov. Lord Cecil sagte im Unterhaus, die
Entente gedenke die dauernde Kontrolle über die Dardanellen
und den Bosporus zu behalten.

Amerikanischer Lebensmitteltransport nach Europa.
Gang, 19. Nov. Der amerikanische Präsident meldet aus
Washington, das amerikanische Kriegsdepartement verfüge,
daß eine größere Anzahl Kriegsschiffe für den Lebensmittel-
transport nach Europa zur Verfügung gestellt werde.

Frieden nur mit ordnungsgemäßer gebildeter Regierung.
Gang, 19. Nov. „Corriere della Sera“ meldet aus
Paris, die Entente-Regierungen seien sich noch nicht einig
über Zeit und Form der Friedensverhandlungen. Auf alle
Fälle solle der Frieden nur mit einer ordnungsmäßig
gebildeten Regierung in Deutschland abgeschlossen werden.

Wilson'sche Grundzüge auch für Nord-Schleswig.
Kopenhagen, 19. Nov. In einer Versammlung zu Apen-
rade erklärte der dänische Reichstagsabgeordnete Danstien,
Staatssekretär Dr. Solf habe ihm geschrieben, die Regierung
sehe auf dem Standpunkt, auch die nord-schleswigsche Frage
müsse in Übereinstimmung mit den Wilson'schen Grundzügen
gelöst werden.

Clemenceau gegen den Bolschewismus.
Gang, 19. Nov. Im Kammerauschuß für Auswärtiges
Abte Clemenceau aus, die Alliierten seien gewillt, in Rus-
land Ordnung zu schaffen. Dabei sagte er, unter dem bolsche-
wistischen Regiment seien 30000 bürgerliche Personen ohne
gerichtliche Verhandlung und Urteilspruch erschossen worden.

Der Aufmarsch in Kiew.
Stockholm, 19. Nov. „Socialdemokraten“ meldet aus
Kiew: Die Stadt Kiew wurde von der ententefreundlichen
Ukrainianer Freiwilligenarmee eingenommen. Der ukrainische
Nationalverband, der alle ukrainischen demokratischen, bürger-
liche sowohl wie sozialistische, Vereine umfaßt und der zum
Kongreß nach Kiew auf den 17. November einberufen war,
ist nach Belaja Zerkow geflohen. Dort steht ein ein Diktat-
orium ein, das als Volksregierung der Ukraine bezeichnet
wird. Skoropadski soll noch nicht geflüchtet sein, sondern mit der
Regierung um die Macht kämpfen.

Sowjetfeindliche Bewegung in Rußland.
Gang, 19. Nov. Das holländische News-Bureau meldet
aus Paris: Sämtliche Behörden in Sibirien und im euro-
päischen Rußland, soweit sie nicht mit der Bolschewik-Regierung
verknüpft sind, haben sich der vorläufigen Regierung von ganz
Rußland unter Führung von Alentien angeschlossen. General
Denikin wurde von der Entente zum Oberbefehlshaber aller
russischen Truppen ernannt, die nicht unter der Sowjetgewalt
stehen.

Schweizer Glückwünsche für Belgien.
Zürich, 19. Nov. Der schweizerische Bundesrat hat dem
König der Belgier aus Anlaß seines Eintrages in Brüssel ein
Glückwunschtelegramm geschickt, worin die Befreiung Belgiens
als die größte Gerechtigkeit gefeiert wird. Die Freude aller
Belgier, so heißt es in dem Telegramm, ist die Freude aller
Schweizer.

Vermischtes.
Ein Meister der Schlafkunst. Von einem Manne,
der in der Kunst des Schlafens so leicht seinen Meister
findet, erzählt ein schwedisches Theaterblatt. Der kürzlich
verstorbenen Theaterleiter Boul Friis konnte, wenn er
müde war, unter allen Umständen schlafen, mochte in
seiner nächsten Umgebung auch noch so großer Lärm
verübt werden. Eines Abends kam er in einer kleinen
Stadt ins Wirtshaus und suchte sogleich das vorher-
bestellte Zimmer auf, um sich alsbald zur Ruhe zu be-
geben. Nebenher war ein Festsaal, in dem gerade der
holländische Handwerkerverein seinen alljährlichen Ball abhielt.
Das Bett stand an der Tür, die die Verbindung zu dem
Festsaal herstellte, und dahinter, auf der anderen Seite
der Tür, war eine kleine Tribüne errichtet, worauf die
aus sechs Mann bestehende Blechmusik des Vereins tätig
war. Friis schlief trotz des Lärmes sofort ein.
„Blödsinn!“ — so erzählte er am andern Morgen einem
Freunde — „rüttelte jemand an meinem Arm, und als
ich ganz wach geworden war, fragte ich, warum man
mich im besten Schlaf störte? Das ginge nicht so
weiter, antwortete man mir; ich hätte so geschlafen, daß
die Musiker nicht hätten weiterspielen können!“

Nah und Fern.
Selbstmord eines Regierungsrats. Dr. Eduard
Ramboulet von der Salzburger Landesregierung, der sich
seit dem 7. November in Haft befindet, hat sich in seiner
Zelle erhängt. Dr. Ramboulet hat als Chef der Lebens-
mittel- und Bedarfsmittellieferungsstelle des Salzburger Landes-
präsidiums sechs Millionen Kronen veruntreut und war
mit seiner Frau und dem Kammerdiener Bernhard Stiller
verhaftet. Er hatte die Absicht, nach der Schweiz zu
fliehen, wurde aber in Wien verhaftet. Am 15. No-
vember morgens bemerkte der vor seiner Zelle stehende
Wächter, daß Dr. Ramboulet leblos in der Zelle an einem
Handbalken hing. Die Frau des Regierungsrates
Ramboulet befindet sich gleichfalls in Haft.

Eine erschütternde Tragödie ereignete sich am
Sonabend nachmittags auf einem Schleppkahn am Schö-
nberger Ufer in Berlin. Der 24-jährige Kleinkaufmann
Rudolf Anger befuhr dort seinen Vater, den Schiffseigner
Friedrich Anger. Außer Vater und Sohn waren die Mutter und
die Braut des Soldaten anwesend. Das Brautpaar geriet
im Laufe des Gesprächs in heftigen Streit, in dessen
Verlauf der junge Mann seinen Karabiner zur Hand
nahm. Als die Mutter zwischen die Streitenden trat,
schloß der Sohn den Karabiner so fest auf den Fußboden,
daß sich dieser entzündete und die Mutter von unten
in den Kopf drang und diese tot zu Boden sank. Vom
Schmerz über dieses Unglück überwältigt, stellte sich Rudolf
Anger sofort der Polizei.

O Die Kriegesbeschädigten an die neue Regierung.
Der freie wirtschaftliche Verband Kriegesbeschädigter für
das Deutsche Reich, E. H. Leipzig, hat sich mit einem
Gesuch an die neue Regierung gewandt, in dem um
sofortige allgemeine Rentenentwerfungsentscheidungen für alle
Kriegesbeschädigten und um einen gerechten Ausgleich der
Rentensätze zwischen Mannschaften und Offizieren, den
gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend, gebeten wurde.

O „Die rote Fahne“, Zentralorgan des Spartakus-
bundes, erscheint nunmehr regelmäßig als Tageszeitung
und wird in der Druckerei des „Kleinen Journals“ ge-
druckt. Für die Schriftleitung zeichneten Karl Liebknecht
und Rosa Luxemburg. Es ist immerhin zu begrüßen, daß
die Spartakusgruppe jetzt ein publizistisches Obdach ge-
funden hat und nicht mehr Gewaltmaßnahmen gegen bürger-
liche Blätter unternimmt.

O Anonyme Zuschriften, die in der Hauptsache falsche
Anschuldigungen enthalten, gehen nach Mitteilung des
Hamburger Fremdenblatts jetzt zahlreich beim A. S. M. ein.
Das Publikum wird dringend ersucht, vor Erstattung
solcher Anzeigen die Richtigkeit der Angaben genau zu
prüfen, da sonst den Angelegten unter Umständen recht
erhebliche Schwierigkeiten entstehen können. Auch ist es
vor allem erforderlich, daß jeder, der Veranlassung zu
haben glaubt, Mißstände und Ungeheuerlichkeiten beim A. S. M.
mitzuteilen, solche Eingaben nicht anonym macht, sondern
den Mut haben muß, diese mit seinem vollen Namen zu
decken.

O Beseitigung des Adels in der schlesischen Repu-
blik. Das „Neue Wiener Tagblatt“ berichtet, die
schlesische Republik habe mit einem Federstrich alle Titel
und Vergütungen des Adels abgeschafft, durch welche
sich bisher der Adel vor der übrigen Menschheit aus-
gezeichnet habe. Besonders schmerzhaft sei es für die große
Zahl der in den letzten Jahrzehnten, und namentlich in
der allerletzten Zeit frisch lockerten Edelherren, aus
bürgerlichen Einfachheit ihrer leiblichen Eltern zurückzu-
kehren, ob sie nun Wappen und Krone im Staatsdienst
oder als Frucht sonstiger Tugenden erworben hätten.

O König Friedrich August nimmt Aufenthalt in
Schlesien. König Friedrich August von Sachsen ist mit
seiner Familie in dem Schlosse Sibyllenort eingetroffen.
Er hat den Schatz des Volkstums zu Breslau und des
Soldatenrates der Provinz Schlesien angeregt. Der
Zentralausschuß des Soldatenrates Schlesien hat dem
König seinen besonderen Schutz ausgedrückt.

O Schwere Anklagen gegen die Bäckerinnung. In
einer Versammlung Berliner Bäckermeister am 18. No-
vember warf ein selbstgekaufter Redner dem bisherigen
Innungsvorstand vor, er habe sich bei der Mehlverteilung
unberechtigter Vorteile verschafft. Er behauptete ferner,
man habe festgestellt, daß die Innung billige Mehlorten,
so besonders Mehl, welches sonst zur Fabrikation von
Brotbacken benutzt wurde, aufkauft und dafür das gute
gewaschene Mehl zu hohen Preisen veräußert habe. Im
Jahre 1917 soll dabei ein Gewinn von 750 000 Mark
erzielt worden sein.

O Wer gilt als minderbemittelt? Wer diese Frage
spricht sich die Arbeiterstelle der Stadt Leipzig in einer
Bekanntmachung über die Verleihung der minderbemittelten
Bürgerchaft dahin aus, daß als Minderbemittelte zunächst
die zu gelten haben, deren Einkommen bis zu 3100 Mark
jährlich beträgt, sodann verheiratete Personen ohne Kinder
bis zum Einkommen von 5300 Mark, mit einem unter-
haltungsbedürftigen Kinde bis zu einem Einkommen von
6900 Mark, mit zwei Kindern bis 7300 Mark usw. Jedes
weitere Kind wird mit 1000 Mark angerechnet. Ein
Familienoberhaupt, der 3. 3000 Mark jährlich verdient und
vier Kinder zu unterhalten hat, gilt also als minderbemittelt.

Volks- und Kriegswirtschaft.
* Reiter die Kartoffelente! Das Kriegsernährungsamt
und das Ministerium für Landwirtschaft richten an alle
Arbeiter- und Bauernräte sowie an alle Behörden den drin-
genden Ruf, überall dort, wo noch Kartoffeln im Boden sind,
bei den Truppen und unter den Arbeitslosen männlichen und
weiblichen Geschlechts durch Vermittlung der örtlichen Arbeits-
nachweise sofort die Arbeitskräfte auszubringen, die erforderlich
sind, die Erde schnell zu vollenden. Noch viele hunderttausend
Zentner Kartoffeln, Kartoffeln und Rüben sind im Boden,
weil ausreichende Arbeitskräfte zum Ausheben fehlen.
Werden diese Vorräte nicht bald geerntet, vernichtet sie der
Frost. Das wäre ein unerklärlicher Verlust für unsere ohnehin
schwer gefährdete Volksernährung. Die Landwirte, die noch
Kartoffeln im Acker haben, sind verpflichtet, von den nächst-
gelegenen Truppenteilen und Behörden die erforderlichen
Arbeitskräfte gegen Zusage eines angemessenen, die
heutigen Verhältnisse berücksichtigenden Lohnes
schnellstens anzufragen. Bei lässigen Vorbehalten der Land-
wirte oder Verweigerung angemessener Lohnzahlung müssen
die Behörden geeignete Zwangsmaßnahmen ergreifen, um die
Vorräte vor dem Verderben zu bewahren.

* Die Vegetation noch nicht fertig. Die Meldung
Berliner Zeitung, daß die Vegetation auf 2400 Gramm
erhöht werde und mit dem nächsten Monat in Kraft treten
soll, ist unzutreffend, da die Vegetation im Schoße des
Lebensmittelschwarzmarktes, der die Bevölkerung der
Berliner Stadt speist, noch nicht fertig ist. Die Vegetation
soll sich erst im nächsten Monat zu zeigen.

*** Alle Nachfragen auf der Bürgermeisterei nach**
Kassen und Billets sind zwecklos; es kann sich doch wohl
jeder selbst sagen, daß jetzt während des Truppentransports
kein Wagen für andere Zwecke verfügbar ist.

*** Keine Fahrkarten werden an den Stationen des**
Direktionsbezirks Mainz infolge der Truppentransporte erteilt.
folgt, es sei denn, daß es sich um ganz dringende Fälle (Tod,
Verurs., Arbeiter- oder Schülerfahrten) handelt, für die seitens
der Bürgermeisterei ein Ausweis ausgestellt werden muß. Da-
bei ist es ganz gleich, ob sich um Fahrten über die normale
Zone oder innerhalb derselben handelt.

*** Mehlverteilung.** Das als Ersatz für Fleisch in
dieser letzten fleischlosen Woche zu verarbeitende Mehl ist in-
folge der Verkehrsperre der Eisenbahn bis heute hier noch
nicht eingetroffen; es wird in der nächsten Woche geliefert
werden.

*** Die militärische Vorbildung der Jugendlichen**
ist sofort einzustellen. Das Tragen von Uniformen, Abzeichen
usw. seitens der Jungmänner ist verboten.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem
Verluste unseres lieben Vaters, Vaters, Schwiegervaters,
Bruders, Schwagers und Onkels

Herrn Heinrich Christ
sagen wir allen, besonders Herrn Anton Wagner für die
tröstlichen Worte am Grabe, dem Herrn Dechanten der
Pfarre und Silberhütte, dem Metallarbeiter-Verband, sowie den
Kriegsspendern und allen, die ihm das letzte Geleit gaben,
unsern herzlichsten Dank.

Braubach, 22. Nov. 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Familie Heinrich Christ und Angehörigen.

Ein solches, unerschütterliches

Anerknecht
der selbständig erbrachten kann, die große Mode in Kiesen-
nach, da alleinstehend

Stellung
zum baldigen Eintritt.

Bei guter Verpflegung wird
auf Lohn nicht gesehen.

Näheres in der Geschäfts-
stelle d. Hl.

Knöpfe
die große Mode in Kiesen-
Auswahl.
Hnd. Neuhans.

**Druckst-
Pressen**
empfiehlt Jnl. Kaping.

**Zimmerleute, Schreiner und
Gelegenheitsarbeiter**
sind für den Baradenbau am Rhein gesucht.
Anmeldung bei
Chr. Wiegardt.

Bienenhonig
wird von heute Mittag ab im Geschäft Wiebach ausgegeben
für kleine Kinder bis zum vollendeten 4. Lebensjahre. Pro
Kopf 1 Pfd. zu 3,50 Mk. Nummerausgabe und Verpackung
bei Hl. Eschenbrenner im Lebensmittelmarkt.

8 Freitag nachmittag von 2-5 Uhr
9 Samstag vormittag von 8-12 Uhr
10 Samstag nachmittag von 2-5 Uhr

Braubach, 22. Nov. 1918.
Der Bürgermeister.

Lebensmittel-Ausgabe
von heute nachmittag an:

Butter, jede Portion 48 Pfg.,
Zucker, jede Person 1,5 Pfd., Wärfelzucker 56 Pfg.,
Christbaumzucker 52 Pfg. pro Pfd.,
Runkelhonig, jeder Kunde von Frieda und Otto Eschenbrenner,
Friedrich, Aug. Gran, Gras und Wolf 1 Pfd. zu 75 Pfg.,
Kaffeebohnen, jede Person 20 Gr. zu 5 Pfg.,
Grünlinsägen a Paket 42 Pfg.,
Morgentanz a Paket 45 Pfg.,
dän. Knochenbinderzettel a Kopf 3,75 Pfg.,
Knochenbinderzettel a Stück 8 Pfg.,
zu freierhand Nr. 65, 66, 67, und 68 der Karte.

Der Bürgermeister.

**Öffentliche Mahnung zur Zahlung
fälliger Steuern.**
Diejenigen Steuerpflichtigen, welche mit der Zahlung
der Steuern und Abgaben für das 3. Viertel des Steuer-
jahres 1918 noch rückständig sind, werden hiermit aufgefordert,
die Rückstände bis zum 27. d. Mts. zu zahlen.
Am 28. d. Mts. beginnt die kostenpflichtige Zwangs-
vollziehung.

Braubach, 22. November 1918.
Die Stadtasse.

Gottesdienst-Ordnung.
Evangel. Kirche.
Sonntag, den 24. Nov. — 26. S. n. Trin.
Totenfeier.
Vormittags 10 Uhr: Predigtgottesdienst.
Vormittags 11,30—12 Uhr: Gedächtnis zum Gedächtnis
der gefallenen Krieger.
Abends 6,45 Uhr: Predigtgottesdienst, Beichte und
hl. Abendmahl.
Morgens und Abends Kollekte für das Diakonien-
Waisenhaus zu Wiesbaden.
Kath. Kirche.
Sonntag, den 24. Nov. — 26. S. n. nach Pfingsten
Beitrag.
7,30 Uhr: Auslegung des Allerheiligsten und Bräutigam
10 Uhr: Nachmittags
1 Uhr: Beichte für die Schulkindern
5 Uhr: Schlußgottesdienst.

Wetterbericht.
Kalt, trocken, Wetterumschlag bereitet sich vor.

Ämliche Bekanntmachungen des künftigen Reichs. Arbeiterrat.

Die bisherigen Gewerkschaftsvertretungen der hiesigen
Eisen- und Silberhütte und der Grube Rosenberg bilden von
jetzt ab den Arbeiterrat.

Derselbe besteht aus Jos. Weber, 1. Vorsitzender, Philipp
Berger, 2. Vorsitzender und aus den Mitgliedern Jakob Ruppert,
Peter Eicher, Karl Hohl, Heinrich Lind und Heinrich Scherer
Braunbach, den 19. Nov. 1918.

Der Arbeiterrat:
Jos. Weber, 1. Vorsitzender. Der Magistrat:
Schäfering.

Störungen in der Kohlenzufuhr für die Zentrale der
Koblenzer Straßenbahn-Gesellschaft gebieten, um eine vollständige
Versorgung in der Lieferung von Licht- und Kraftstrom zu
vermeiden, daß sämtliche Stromverbraucher ihre Stroment-
nahme von der Koblenzer Straßenbahn-Gesellschaft um 50 pCt.
einschränken.

Sämtliche öffentliche Kaffeehäuser und Wirtschaften,
Restaurants und Privatwohnungen, welche elektrische Be-
leuchtung besitzen, haben sofort 50 pCt. Bestimmungen einzuhalten.
Die Benutzung von Kraftschlüsseln (Motoren) hat in
der Beleuchtungsperiode zwischen 5 und 9 Uhr abends ganz
zu unterbleiben.

Wird dieser Befehl nicht befolgt, so wird der elektrische
Anschluß sofort durchgeschnitten werden.

Der St. Michaelis Brauerei macht ich unter Bezugnahme
auf vorstehende Anordnung den Sparmaßstab Licht- und Kraft-
verbrauch zur strengsten Pflicht.

Der Bürgermeister.

Samstagsruhe.

Von der Reichsleitung ist heute aus dem ganzen
Sonntagsruhe für landwirtschaftliche Arbeiter Anweisung
erlassen.

Preis 175 Mt. Restaurant wollen sich bis Samstag
abend bei Herrn Wey im Lebensmittelhaus die Küche an-
sehen. Falls sich mehr als 3 Leute melden, erfolgt Bestellung.
Der Bürgermeister.

Wirtschaftsabschluss.

In einigen Wirtschaften haben Mittwoch bis abends nach
12 Uhr Besessene gelegen. Ich mache darauf aufmerksam,
daß die Polizeistunde auf 11 Uhr abends festgesetzt ist.

Diejenigen Wirtschaften, in denen abends nach 10 Uhr
Besessene noch angetroffen werden, werde ich für einige
Wochen schließen lassen.

Die Polizei-Verwaltung.

Wer seine Schuldenzinsen, Tilgungsbeträge, Verpfän-
gungs- und Kausenbeträge bei der bevorstehenden Steuer-
anmeldung zurückgefordert haben will, muß dieselben durch Vor-
lage der Quittungen bis 25. d. Mts. im Rathaus, Zimmer
6 nachweisen.

Der Magistrat.

Zur Entlassung kommende

Militärpersonen

haben sich unter Vorlage des Entlassungsscheins zunächst im
Polizeibüro und sich dann im Lebensmittelbüro anzumelden.
Die Polizei-Verwaltung.

Obstbrennpfizer.

Alle abgebrannten Obstbäume, sowie die dazugehörigen Äste
und Ästchen an gesunden Obstbäumen sind durch die
Eigentümer oder sonstigen Verfügungsberechtigten, in jedem
Jahre zu entfernen.

Das brennende Holz ist alsbald wegzuräumen oder an Ort
und Stelle zu verbrennen. Die genannten Arbeiten sind so-
bald als möglich, längstens aber bis 1. März 1919 auszu-
führen.

Der Bürgermeister.

Warnung.

Vor dem Ankauf von Feuerzeug (Pfeifen, Zigarren, Zigaretten
usw.) wird dringend gewarnt. Feuerzeug
kann nur durch den Eigentümer nach Genehmigung des
Kommandanten verkauft werden.

Die Polizei-Verwaltung.

Einquartierung!

Wir machen darauf aufmerksam, daß zwar nichts im
Wege steht, wenn einzelne Soldaten ohne Quartierbefehl
aufzunehmen, bemerken aber, daß eine Bezahlung für vorab-
geleitete Quartiere nur in den Fällen erfolgt, in denen die
Soldaten einen von uns ordnungsmäßig ausgestellten und
gezeichneten Quartierzettel haben; letzterer ist sorgfältig aufzu-
bewahren und bei der Bezahlung später vorzulegen.

Magistrat.

Für Jugendliche

Jugendlichen Personen vor vollendetem 16. Lebensjahr
ist das Aufenthalt auf der Straße nach 8 Uhr abends unter-
sagt.

Schulpflichtige Kinder haben in Rücksicht auf ihre
eigene Sicherheit mit Eintritt der Dunkelheit die Straße zu
verlassen.

Zusammenhalten werden bestraft.

Die Polizei-Verwaltung.

Hauschlachtungen.

Genehmigung zur Hauschlachtung kann nur für
Schweine mit einem Lebendgewicht von 60 Kilo. an erteilt
werden; es sei denn, daß es sich um eine Notchlachtung
handelt; in diesem Falle ist ein tierärztliches Gutachten bei
der Beantragung der Notchlachtung beizufügen.

Die Polizei-Verwaltung.

Briefpapier

neue Sendung
in Rappach und
Raffetten
empfehlen preiswert
Papiergeschäft Lemb.

Viehmarktkörbe und Kaninchen- Futterraufen

empfehlen
Julius Rüping.

Kaffeebrenner

in bester Ausführung ange-
kommen.

Gg. Ph. Cios.

Wäscheclammern und verzinkte Wäsche- drahtseile

zu haben bei
Julius Rüping.

Handarbeiten

in großer Auswahl eingetroffen.

Sämtliche Zutaten wie:

Stichseide, Perlgarne,
Chenillen, Gespinnte
in vielen Farben vorrätig.

K. Neuhans.

Gelochte Stahlsitze

— Friedland-Qualität —
zu haben bei

Julius Rüping.

Bohnerwachs

offiziell

Chr. Wieghardt.

Taschenlampen- Batterien

und wieder frisch eingetroffen.

Julius Rüping.

Damentragen

reife Auswahl — Billige Preise
bei Herrn. Schmauch.

Bezahlte

Kartoffel- Drahtkörbe

offiziell

Jul. Rüping.

Spielkarten

neu eingetroffen.

K. Cios.

Viehfutter- quetschen

empfehlen

Julius Rüping.

Fussbodenlack

in verschiedenen Farben
wieder eingetroffen

Chr. Wieghardt.

Gute Stärke

empfehlen

Jean Engel.

Sehen wir, so leben wir dem
Herrn, sterben wir, so sterben
wir dem Herrn!

Statt jeder besonderen Anzeige.

Es hat Gott über Leben und Tod gefallen, heute Nacht
2 Uhr meinen geliebten Mann, unseren treuergebenden Vater

Ludwig Schweizer

Gutsinspektor

nach langer schwerer Krankheit im Alter von 56 Jahren zu sich
in die Ewigkeit abzurufen.

In tiefer Trauer

Karoline Schweizer

geb. Reichle

Walter, Hilde, Helma.

Oberpfalz a. Rhein, den 22. Nov. 1918.

Die Beerdigung findet Montag, den 25. Nov., vormittags
11 Uhr statt.

Küchenwagen

(Zusammenbau)
und alle anderen Geräte

Tafel- Dezimal- und Balkenwagen

neu angekommen.

Gg. Phil. Cios.

Pelze

für Damen und
Kinder

in schöner Auswahl und guter
Ware eingetroffen.

K. Neuhans.

Evangelische

Gesangbücher

sind neu eingetroffen.

A. Lemb.

Emaillierte Kochtöpfe

neu angekommen

Gg. Phil. Cios

Wir suchen verkäuf- liche Häuser

an beliebigen Plätzen, mit und
Geschäft, jedoch unterbreitung
an vorgemerzte Häuser. Verkauf
durch und sofort. Nur An-
gebote von Selbstbesitzern
ermöglicht an den Verlag der
„Westfäl. u. Ostfäl. Anzeiger“

Frankfurt a. M.,
Hanshaus

Echternthaler,

50 mal 50 cm, Qual. 1, weiß,
sehr saugfähig, Preisbezug. M.
18.— franko.

Handtücher,

Qual. 1 f. weiß, gu., tauche.
50 mal 100 cm Preisbezug.
M. 36, franko. Qual. 2
48 mal 100 cm, Preisbezug.
M. 26,65 franko, Mindestab-
gabe je 1 Dtz., größere Posten
billiger.

Hugob. Meitzig, Dessau R.

Rederlein, Maschinenöl,

Leinöl, Maschinensett,
Schellack, Politur,
Glasklack, Mattlack

kaufen jedes Quantum

C. Mand,

Pianosfabrik,
Coblenz.

Schloßstr. 86.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der
Hinscheiden und bei der Beerdigung meiner totenen, un-
erlebbaren Gattin, unserer lieben, treuergebenden Mutter,
Schwiegmutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und
Tante

Frau Elise Keller

geb. Paul

legen wir allen, insbesondere für die vielen Beileidsbesu-
chen, für die vielen Kranzspenden, Herrn Pfarrer Witten-
bach, dem Bestatter Herrn Wittenbach für die trefflichen Worte am Grab,
wie dem Herrn Lehrer mit den Schülern für den schönen
Grabgesang nur auf diesem Wege unseren
herzlichsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Philipp Keller und Angehörige

Hof Kallenberg, den 22. November 1918.

Herr. Dein Wille geschehe.

Codes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß Gott der Allmächtige
unsere liebe, treuergebende Mutter, Schwägerin
und Tante

Frau

Katharine Simon

geb. Monreal

im Alter von 51 Jahren nach längerem Leiden
zu sich in die Ewigkeit aufgenommen hat.

Um liebe Teilnahme bitten

Die trauernden Kinder.

Braunbach, Frankreich, 21. Nov. 1918.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 24.

Nov., nachmittags 3 Uhr vom Trauerhaus
Kornstraße aus statt.

Für die fleischlosen Wochen

empfehle ich

Fleischto

zur Herstellung von Fleischbällchen, Klößen und
per Paket 50 Pfg

Jean Engel

Als praktische Neuheit

zum Ausbessern von Wäsche empfehle

fertige Hemden- und

Hosen-Passen.

Rud. Neuhans.